


DER **KRITIK.** PUNKT

Newsletter der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag
Nummer 25 · Januar 2011

Schwarz-Gelb setzt Kahlschlag-Haushalt durch



DIE LINKE wollte sozialen Haushalt
ohne neue Schulden

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Editorial	Seite 2
Täglich ein Apfel und ein Glas Milch für jedes Schulkind ..	Seite 2
Sozialer Haushalt ohne neue Schulden	Seite 3
Mehr als tausend Arbeitsplätze in Wilhelmshaven gefährdet	Seite 3
Schulpolitik auf dem Rücken der Kinder	Seite 3
Druck auf Grotelüschchen wächst	Seite 4
Zeichen gegen menschenverachtende Ideologien setzen ...	Seite 4

DIE LINKE.
Fraktion
im Niedersächsischen Landtag

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

als Abgeordneter des Landtages erhält man täglich eine Unzahl von bunten Broschüren verschiedenster Interessensverbände. Die Zeit erlaubt es nicht, das alles zu lesen, weshalb der „Rundordner“ meist nicht weit entfernt steht. Eine Broschüre des „Bundesverbandes Deutscher Banken“ war schon fast auf dem Weg in den Papierkorb, doch dann habe ich noch einmal hineingeschaut und fand Erstaunliches: Die Banken hatten sich Sorgen um ihr Image gemacht und eine Umfrage in Auftrag gegeben. So konnte ich lesen, dass es für 72 Prozent der Befragten „in unserer Gesellschaft eher ungerecht zugeht“. Immerhin 58 Prozent fordern „mehr soziale Absicherung“ – Tendenz steigend –, und ein immer größerer Anteil (71 Prozent) meint, dass „die Politik nicht mehr in der Lage ist, die Probleme des Landes zu lösen.“

Da hätte man den Banken raten sollen, die Haushaltsdebatte im Landtag und die Finanz- und Steuervorschläge der LINKEN anzuhören. Die zeigen nämlich Wege auf, die Politik gegenüber der Wirtschaft wieder handlungsfähiger zu machen: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Börsenumsatzsteuer, Großerbensteuer und Anhebung der Körperschaftssteuer sind unsere Vorschläge. Eine weitere Idee hätte ich noch zusätzlich: In Großbritannien wurde noch unter dem letzten Labour-Finanzminister Alistair Darling eine 50-prozentige Steuer auf Prämien über 25.000 Pfund eingeführt. Das brachte immerhin 2,5 Milliarden Pfund Sterling. Mit so einer Regelung könnte man bei uns schon Einiges ausrichten: Den Widerspruch zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum in der Hand Weniger wenigstens abmildern und so die Haushalte der Kommunen und des Landes instandsetzen, um die grundlegenden Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge zu erfüllen.

Munter bleiben!



Ihr Hans-Henning Adler

Täglich ein Apfel und ein Glas Milch für jedes Schulkind

Manfred Sohn kritisiert unsozialen Haushalt – aus seiner Rede im Landtag

Der erste Haushalt von Ministerpräsident McAllister ist ein Haushalt der sozialen Gleichgültigkeit, der Kälte gegenüber bedürftigen Schulkindern, des Ausverkaufs unserer heimischen Wälder an reiche Private und ein Haushalt der Trickserei (...). Sie haben versucht, uns einen neuen Dreiklang beizubringen: „lavieren, fabulieren, kollabieren“. Das Lavieren haben Sie vor allen Dingen im Bereich der Oberschule gemacht. Was Ihre gesamte schulpolitische Diskussion gegenwärtig kennzeichnet, ist das Herumlavieren um das Parlament. Es gibt für die Einbringung dieser Strukturreform (...) nur einen vernünftigen Ort, nämlich das Plenum dieses Landtages. Davor kneifen Sie. (...) Dann fabulieren sie von Schuldenabbau. Das tun Sie angesichts der Tatsache, dass mit Herrn McAllister und Herrn Möllring dort die beiden Personen sitzen, unter deren Regentschaft (...) so hohe Schulden auf niedersächsischen Schultern lasten wie noch niemals zuvor. Den dritten Teil dieses Dreiklangs, das Kollabieren, werden wir 2013 bei der Landtagwahl erleben. Die Alternative zu diesem Dreiklang, (...) zu der DIE LINKE einlädt, wäre ein Haushalt für ein soziales Niedersachsen ohne Schulden. (...)

Weil Sie einen so unsozialen Haushalt bauen, verweigern Sie nicht nur ein Schulobstprogramm – das ist das mit den Äpfeln –, sondern Sie verweigern auch ein mögliches Schulmilchprogramm, das (...) von uns nicht nur gefordert worden ist, sondern (...) natürlich auch in unseren Haushaltsalternativen abgebildet worden ist. Diese Vorschläge wären vollständig finanzierbar, wenn Sie nur den Mut hätten, den Reichen mit einer Vermögensteuer, mit einer Körperschaftsteuer von 25 statt 15 Prozent, mit einer vernünftigen Großerbensteuer und mit der längst fälligen Börsenumsatzsteuer in die Taschen zu greifen. (...) Wenn diese Forderungen realisiert würden, könnten wir anfangen, was Herr Möllring nicht kann: Altschulden abbauen. (...)

Ich möchte etwas zu zwei Punkten sagen, die im Zusammenhang mit dem Haushalt stehen. (...) Der erste Punkt betrifft die Kommunen (...). Sie haben das Haushaltsbegleitgesetz so geändert, dass das Aufkommen an der Feuerschutzsteuer (...) nur noch bis zu einer Höhe von 36 Millionen Euro ausgeschüttet und danach auf 24 Millionen Euro gedeckelt wird. Das Ergebnis ist, dass für die Kommunen die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer um jährlich ungefähr drei Millionen gekürzt werden. (...) Die kommunalen Spitzenverbände schreiben: „(...) Im Ergebnis bedeutet die vorgesehene Regelung, dass die kommunale Mitfinanzierung (...) entweder zulasten der örtlichen



Manfred Sohn zeigt den Schuldenstand, David McAllister (links) schaut zu

Feuerwehren oder zulasten der kommunalen Finanzen insgesamt gehen würde. Ihr ganzer Umgang mit den kommunalen Finanzen ist nicht hinnehmbar, (...) weil Sie nicht nur unsere Dörfer und Städte finanziell aushungern.

Ihre gesamte Politik ist (...) von einem dramatischen Kontrast zwischen Sonntagsreden und Alltagshandeln geprägt. Wir hatten am 8. September einen Parlamentarischen Abend beim Sparkassenverband. Herr McAllister (...) war in seiner Rede voll des Lobes über die Sparkassen, was in dem Bekenntnis gipfelte: Auf unsere Sparkassen lassen wir nichts kommen! (...) Damals wussten wir noch nicht, was Sie damit meinen. (...) Am vorletzten Freitag erleben wir im Bundesrat dieses klammheimliche Handaufheben von Herrn McAllister an der Stelle, an der es darum ging, ob das Bankabgabengesetz zum 1. Januar 2011 den Bundesrat passiert. Das wäre der Punkt gewesen, an dem Sie etwas für unsere Sparkassen in Niedersachsen hätten tun können. (...) Ob Sparkassen oder Atompolitik, Herr McAllister: Sie sind Merckels Schoßhündchen, das öffentlich laut bellt und dann kuschelt, sobald es von Frauen auch nur einen strengen Blick bekommt.

Ich möchte als letztes auf (...) die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Lande eingehen. Die halten Sie ja für außerordentlich positiv. (...) Die HAZ schreibt: „Die Deutschen blicken eher skeptisch ins nächste Jahr. (...) Die große Mehrheit registriert, (...) dass es der Wirtschaft besser geht, hat aber trotzdem das Gefühl, persönlich von diesem Aufschwung nicht zu profitieren.“ (...) Auch wir sind skeptisch, weil Ihr gesamter Aufschwung darauf beruht, (...) dass zwar die Beschäftigung zugenommen hat, vor allem aber die Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen. (...) Ihre Haushaltspolitik ist kalt und unsozial, sie ist unsolid finanziert. Sie ist, was die wirtschaftlichen Grundlagen dieser Politik anlangt, brüchig – und das wird sich in den nächsten Jahren herauskristallisieren. Zum Glück müssen wir uns dieses Elend nur noch bis 2013 angucken.

Sozialer Haushalt ohne Neuschulden

Linksfraktion legt erneut Alternativentwurf vor

Als Kontrapunkt zum verheerenden Haushaltsentwurf der Landesregierung hat die Linksfraktion eine durchgerechnete Alternative auf den Tisch gelegt. Das Maßnahmenpaket umfasst fasst zwei Milliarden Euro und sieht wichtige Investitionen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Soziales vor. Außerdem sollen die Kommunen deutlich mehr Geld erhalten. Gleichzeitig kommt der Alternativhaushalt der Linksfraktion nicht nur ohne neue Schulden aus: „Wir würden auch etwa 100 Millionen Euro für die Tilgung von Altschulden einsetzen“, betont der haushaltspolitische Sprecher Dr. Manfred Sohn. Die Landesregierung dagegen hat in ihrem Haushaltsentwurf eine Neuverschuldung von fast zwei Milliarden Euro eingeplant.

Als Finanzierungsquelle will DIE LINKE neben Steuermehreinnahmen in Höhe von 645 Mio. Euro durch die Belebung der Konjunktur auch Mehreinnahmen von 300 Mio. Euro aus einem gerechteren Steuervollzug nutzen, vor allem mittels Betriebsprüfungen und Steuerfahndung. Dafür fordert die Linksfraktion als ersten Schritt 100 zusätzliche Stellen in den Finanzämtern. Geld sparen will DIE LINKE vor allem bei der Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit in der Staatskanzlei und den Ministerien. Außerdem soll das Land kein Geld mehr für die Sicherung der Castortransporte geben, wofür die Landesregierung allein 16 Mio. Euro eingeplant hat.

Für die dringend gebotene Stärkung der Einnahmen fordert DIE LINKE Bundesratsinitiativen, um das Steuerrecht zu ändern. Diese würden dem Land Mehreinnahmen von 3,6 Milliarden Euro bescheren. Dazu gehören die Wiederbelebung der Vermögensteuer, die 1,1 Mrd. Euro mehr in die Kassen spült und die Umwandlung der Erbschaftsteuer in eine Großvermögensteuer (0,7 Mrd. Euro). Die Körperschaftssteuer soll

von derzeit 15 Prozent auf die ursprünglichen 25 Prozent steigen (0,7 Mrd. Euro). Schließlich will die Linksfraktion eine Börsenumsatzsteuer nach dem Vorbild der britischen Stempelsteuer einführen (1,1 Mrd. Euro).

Mit den zusätzlichen Einnahmen wollen die linken Abgeordneten unter anderem die Studiengebühren abschaffen, 2.000 LehrerInnen einstellen und, wie die Länder Berlin und Brandenburg, Langzeitarbeitslosigkeit durch den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor bekämpfen. DIE LINKE will die dringendsten Krankenhausinvestitionen auf den Weg bringen, ein zweites beitragsfreies KiTa-Jahr einführen und alle Arten von verstecktem Schulgeld abschaffen, wie etwa Fahrtkosten und die Kosten für die Verpflegung in der Schulmensa.

Damit hat allein die Linksfraktion einen sozialen und schuldenfreien Haushaltsentwurf vorgelegt. In heftiges Fahrwasser ist dagegen die SPD geraten: So hatte sie vor wenigen Monaten gemeinsam mit der grünen Fraktion eine Klage vor dem Staatsgerichtshof eingereicht, weil sie den schwarz-gelben Haushalt 2010 wegen Überschuldung für verfassungswidrig hält. Ihr eigener Haushaltsentwurf für 2011 sieht dagegen eine noch höhere Verschuldung vor als derjenige der Landesregierung.



Zeigt Alternativen auf: Die Linksfraktion präsentiert ihren eigenen Haushaltsentwurf

Schulpolitik auf dem Rücken der Kinder

Die Schulpolitik der Landesregierung und die häufigen Personalwechsel an der Spitze des Kultusministeriums in den vergangenen zwei Jahren haben einmal mehr den Landtag beschäftigt. LINKEN-Fraktionsvorsitzende Kreszentia Flauger kritisierte, dass Kultusminister Bernd Althusmann (CDU) mit der sogenannten Oberschule, die Haupt- und Realschule zusammenfassen soll, wie bereits seine Vorgänger das gegliederte Schulsystem erhalten wolle. „Das ist alter schlechter Wein in neuen Schläuchen mit Mogeletikettierung.“

Die frühe Trennung der Kinder sei dafür verantwortlich, dass in Deutschland der Schulerfolg stark von der sozialen Herkunft abhängt – was wohl auch von der schwarz-gelben Regierung gewollt ist, denn anders lässt sich deren Bildungspolitik kaum erklären. Flauger prangerte die nach wie vor hohen

Hürden für die Neugründung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) an. Kleine Änderungen, wie die Aufhebung des Neugründungsverbots für eine IGS, seien der Landesregierung nur durch massiven Druck abgerungen worden, stellte sie klar.

Die UN-Behindertenkonvention verpflichtet zu einem inklusiven Bildungssystem, bei dem Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam unterrichtet werden. Während andere Landesregierungen die Inklusion bereits ins Schulgesetz geschrieben haben, findet Bernd Althusmann immer wieder Ausreden, warum das in Niedersachsen noch nicht gehen würde. Er hatte im April das Amt des Kultusministers von Elisabeth Heister-Neumann übernommen, die erst zwei Jahre zuvor Bernd Busemann (beide CDU) abgelöst hatte. Heister-Neumann war unter anderem wegen einer katastrophalen Unterrichtsversorgung erheblich unter Druck geraten.

Mehr als tausend Arbeitsplätze in Wilhelmshaven gefährdet

Der amerikanische Konzern ConocoPhillips will die Wilhelmshavener Raffineriegesellschaft (WRG) in ein Tanklager umwidmen. Rund 400 Arbeitsplätze sind direkt gefährdet und mehr als doppelt so viele bei den Zulieferbetrieben. Dabei ist die Raffinerie logistisch optimal an das Verkehrsnetz angebunden und hat mit der Marke JET eine eigene Vertriebskette. Gleichzeitig hat der Mutterkonzern ConocoPhillips seine Gewinne im abgelaufenen Quartal auf 4,2 Milliarden Dollar verfünffacht. Vor Ort kämpft ein Bündnis aus Betriebsrat, Gewerkschaften und der Stadt Wilhelmshaven gegen die Schließung der WRG zum Jahresende. „Was wir hier erleben,

ist die arrogante Macht des Eigentümers, der seine schnöden wirtschaftlichen Interessen durchsetzen will“, betonte LINKEN-Fraktionsvorsitzender Hans-Hennig Adler im Landtag. Die Lösung des Problems sei deshalb mehr Wirtschaftsdemokratie, um den Einfluss der Beschäftigten zu stärken und die Unternehmensrechte des Konzerns einzuschränken. Adler verwies auf VW und die Stahlwerke in Peine, zwei Unternehmen, in denen eine Schließung von Betriebsteilen nicht so einfach möglich wäre. Bei VW ist das Land zu einem Drittel Miteigentümer, und die Peiner Stahlwerker haben eine paritätische Mitbestimmung nach dem Montan-Mitbestimmungsgesetz.

Zeichen gegen menschenverachtende Ideologien setzen

Wenn Thilo Sarrazin als ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutschen Bank seine Thesen zur Integration oder zur angeblich genetisch bedingten Minderbegabung von Menschen vor 20 Jahren veröffentlicht hätte, wäre er gesellschaftlich isoliert gewesen. Heute steht er mit seinen sozialdarwinistischen, rassistischen und islamfeindlichen Auffassungen nicht alleine. Sarrazin wird in Talkshows eingeladen, verkauft viele Bücher und erhält Schützenhilfe von einschlägig bekannten Professoren. Vor allem bei Menschen mit einem hohen Einkommen machen sich abwertende menschenfeindliche Einstellungen gegenüber sozial schwachen Gruppen und Minderheiten breit. Der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer spricht in diesem Zusammenhang von einer „Radikalisierung der Mitte“. Um solchen Entwicklungen entgegenzutreten, hat die Linksfraktion einen Antrag in den Landtag eingebracht, der ein ganzes Bündel von Maßnahmen umfasst. „Wir möchten nicht, dass die Menschheit in Leistungsträger und andere eingeteilt wird, die nicht so viel leisten können“, betonte LINKEN-Fraktionsvorsitzender Hans-Henning Adler. „Eine solche Unterscheidung ist menschenverachtend.“ Im Antrag wird unter anderem gefordert, in den Lehrplänen der Schulen sozialdarwinistischen Ansichten und unwissenschaftlichen Diskursen den Boden zu entziehen sowie die Landeszentrale für politische Bildung neu zu gründen. Um die Integration zu fördern, soll nicht nur mehr Geld im Landeshaushalt bereitgestellt werden. DIE LINKE will auch ausländische Berufsabschlüsse leichter anerkennen lassen, und Kurse zum Erlernen der deutschen Sprache sollen allen Menschen offen stehen.

Impressum

Herausgeberin: Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag
 Redaktion: Jan Langehein, Michael Fleischmann und Oliver Förste
 Titelbild: Katharina Lindner
 V.i.S.d.P.: Christa Reichwaldt

Druck auf Grotelüschen wächst

Der Druck auf Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen (CDU), ihr Ministeramt niederzulegen, wird immer größer. Während die Linksfraktion bereits seit Monaten ihren Rücktritt fordert, ist Grotelüschen inzwischen auch im Regierungslager heftig umstritten. Aktueller Anlass sind Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Oldenburg wegen illegaler Beschäftigung gegen die Verantwortlichen des Schlachtbetriebs Geestland Putenspezialitäten in Wildeshausen. An dieser Firma ist das Unternehmen von Astrid Grotelüschen's Ehemann Garlich, die Mastputenbrüterei Ahlhorn, laut Zeitungsberichten als Gesellschafter und Kommanditist mit zwei Millionen Euro beteiligt. Die Leiharbeiter aus Bulgarien sollen nach NDR-Recherchen bei einer Arbeitszeit von bis zu 16 Stunden am Tag unter unzumutbaren Arbeits- und Lebensbedingungen beschäftigt worden sein. Es sei unerträglich, dass die Landwirtschaftsministerin die Bezahlung der Beschäftigten mit fünf Euro pro Stunde auch noch als „akzeptabel“ bezeichnet hat, kritisierte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ursula Weisser-Roelle. DIE LINKE hatte das Thema Dumpinglöhne und Leiharbeit im Landtag auf die Tagesordnung gebracht, beides ist in der skandalträchtigen Fleischindustrie weit verbreitet. „Familie Grotelüschen profitiert von den Gewinnen, die bei Geestland gemacht werden – von Gewinnen, die möglicherweise durch illegale Arbeitnehmerüberlassung und durch Lohndumping gemacht werden“, betonte Weisser-Roelle. Astrid Grotelüschen war bis Anfang des Jahres als Proku-

ristin in der Firma ihres Mannes auch für die Zusammenarbeit mit Geestland Putenspezialitäten zuständig.

Das Unternehmen von Garlich Grotelüschen ist schon im Sommer im Zusammenhang mit anderen Vorwürfen in die Schlagzeilen geraten. Danach soll es von massiven Verstößen gegen den Tierschutz in zwei Putenmastställen in Mecklenburg-Vorpommern profitiert haben, in denen die Tiere grausam gequält worden sind. Die Mäster sind in einer Erzeugergemeinschaft zusammengeschlossen, an der auch Garlich Grotelüschen Anteile hält. Auch damals verquickte Astrid Grotelüschen ihr politisches Amt mit geschäftlichen Interessen und wirkte wie eine Lobbyistin der Massentierhaltung. Von den Medien mit dem Leid der Tiere konfrontiert, bagatellierte die Ministerin, die auch für den Tierschutz zuständig ist, das sei „nicht wünschenswert“. Schon drei Tage bevor das ZDF den Bericht über die Skandalmäster veröffentlichte, hatte Grotelüschen's Ehemann vorformulierte Faxe an die Mäster verschickt, um die Vorwürfe der Tierquälerei zu entkräften. Die Landtagsopposition fragte sich daraufhin, wer ihn so schnell über die Vorwürfe informiert hat. Nahelegend ist, dass ihm seine Frau die Information gesteckt haben könnte. Außerdem hatte die Ministerin bis zum August ihr Wahlkreisbüro mit einem gemeinsamen Telefonanschluss auf dem Betriebsgelände ihres Mannes. Erst nachdem DIE LINKE dies öffentlich gemacht hatte, wechselte sie den Telefonanschluss.

Für ein soziales Niedersachsen ohne neue Schulden!

Vorschläge der Fraktion DIE LINKE für den Niedersächsischen Landeshaushalt 2011

Broschüre und weiteres Informationsmaterial auf unserer Homepage bestellen:
www.linksfraktion-niedersachsen.de



Anschrift der Fraktion:
 Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
 30159 Hannover
 Kontakt:
 Tel.: 05 11 / 30 30 44 02 · Fax: 05 11 / 30 30 48 80